

Ä1.1 Inklusion verbessern

Antragsteller*in: Andrea Konter (KV Saarlouis)

Begründung

Wir Grünen setzen uns für echte diskriminierungsfreie Bildung ein.

Wir wollen noch mehr Bildungsgerechtigkeit und eine höhere Zahl von Bildungsabschlüssen durch Gemeinsames Lernen an Regelschulen.

Die ADS bezeichnete das Lernen an Förderschulen als ein Lernen mit struktureller Diskriminierung.

Der Aufwuchs der Förderschulen im RV der letzten Jahre steht im Gegensatz zum Ziel Inklusiver Schulen, wie sie durch die InklVO verbindlich geworden sind. Das Saarland hat jedoch anders als andere Bundesländer seit 1989 Erfahrung in der inklusiven Beschulung, der Zusammenarbeit Multiprof. Teams, Erkenntnisse aus Schulversuchen zur Inklusion.

Alleine die in den Fahrkosten für die Förderschulbeschulung gebundenen Haushaltsmittel im aktuellen Haushalt entsprechen 23 LehrerInnenstellen. Dazu kommen alle Kosten für den Unterhalt der Gebäude.

Zusätzliche finanzielle Mittel ergeben sich aus den zurückgehenden Schülerzahlen an Förderschulen und den damit einhergehenden geringeren Kosten. Somit kann dieses Geld bereitgestellt werden. Da prognostisch die Anzahl höherer Bildungsabschlüsse steigt, ist der Mitteleinsatz zukunftsweisend eingesetzt.

Kinder erreichen an Regelschulen höhere Bildungsabschlüsse als an Förderschulen. An Förderschulen ist die Quote erfolgreicher Abschlüsse hingegen gering. Zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss und benötigen weiterhin kostenintensive Maßnahmen zur beruflichen Weiterentwicklung.

Die Quote der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss sind beträgt an Förderschulen 75% und an den anderen Schulen 6,9%.

Der Unterschied zeigt deutlich, wo die besseren Bildungs- und Berufschancen liegen.

Ä1.2 Inklusion verbessern

Antragsteller*in: Samuel Hirtz (KV Saarbrücken)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1 bis 5:

Qualität der Inklusion ausbauen - ~~Regionalverband und Landkreise werden~~
↪ Das Saarland wird inklusiver [Zeilenumbruch]

4 ~~Den Regionalverband, den Landkreis Saarlouis und ihre Gemeinden~~ Das Saarland, wollen wir zu
5 ~~einer inklusiven~~ einem Vorbild für eine inklusive Schulregion umgestalten. Dazu streben wir die
Stärkung aller
6 inklusiven Strukturen und Maßnahmen an den Regelschulen und den regionalen

Von Zeile 17 bis 21:

16 lange vorschlugen. Die intransparente Zuweisung von Ressourcen von
17 Förderschullehrkräften an ~~diesen~~ Förderzentren und Regelschulen halten wir für
18 inakzeptabel. Auch hierzu sind die Kriterien unbekannt.
19 Das Land in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband, dem Landkreis Saarlouis, dem Landkreis
Merzig-Wadern, dem Landkreis Neunkirchen, dem Saarpfalz-Kreis und ~~Gemeinden~~ dem Landkreis
St. Wendel arbeiten ~~für das Ziel~~ mit den Gemeinden in
20 einem Gremium zusammen, um finanzielle Mittel bereitzustellen, diese

Begründung

Inklusion betrifft das gesamte Saarland. Wir sollen uns nicht auf einzelne Landkreise beschränken, sondern die Inklusion im gesamten Bundesland stärken & verbessern.

Ä3.1 Lehren aus der Kommunalwahl sind Weichen für die Zukunft: Stärkung des ländlichen Raums

Antragsteller*in: Jeanne Dillschneider (LV Saarland)

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 5 bis 26:

Die Grünen sind mit linksliberalen Milieus verbunden, die schwerpunktmäßig in den großen Städten leben.“ (Süddeutsche Zeitung Nr. 153, S. 13) Unser Anspruch ist eine Politik für alle, die vielfältige Lebensrealitäten im Saarland berücksichtigt. Wir machen Politik für alle Saarländerinnen und Saarländer.

~~Diese Beurteilung zeigt sich eindrucksvoll an den Wahlergebnissen der Kommunalwahlen im Saarland. Während die Grünen in Saarbrücken ein zufriedenstellendes Ergebnis vorweisen können, verlieren sie im ländlichen Raum erheblich. Gleichzeitig zeigt sich dort ein starker Anstieg der AFD. Inzwischen gibt es einige Kommunen, in denen nur noch ein grünes Mitglied im Rat vertreten ist. Auf OV-Ebene sinkt die Motivation für aktives Engagement erheblich. Da aber die Mitgliederzahl der kommunalen OVs im Umland im Gegensatz zum städtischen Milieu äußerst gering ist, stehen die verbliebenen aktiven Mitglieder unter erheblichen Belastungen.~~

~~Auch die Problemlagen in den Umlandkommunen sind andere als im städtischen Bereich. Ein wichtiger Faktor ist der demografische Wandel, mit dem der ländliche Raum stärker zu kämpfen hat als das städtische Umland. Einwohner*innen haben das Gefühl abgehängt zu sein. Als sog. „ordentlicher und pflichtbewusster Bürger“ habe man immer gearbeitet und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl geleistet. Jetzt aber sei man mit einem befremdlichen Ortsbild konfrontiert, mit zurückgehender Dienstleistung, Leerständen, Vermüllung, – so das Narrativ. Neueste soziologische Studien zeigen, dass es gerade die Älteren sind, die sich betrogen fühlen.~~

Nicht immer gelingt es uns, Wähler:innen in ländlichen Räumen für uns zu begeistern. Besonders im ländlichen Raum zeigt sich ein starker Anstieg der AFD. Unser Ziel ist es, ein starkes grünes Gegengewicht in den Räten zu bilden und Vertrauen für eine nahbare Politik für Ort zu gewinnen. Dazu müssen wir insbesondere die grünen Einzelkämpfer:innen in den Räten stärken und unser Engagement in der Fläche stärken. Da aber die Mitgliederzahl der kommunalen OVs im Umland im Gegensatz zum städtischen Milieu äußerst gering ist, stehen die verbliebenen aktiven Mitglieder unter erheblichen Belastungen. Dazu braucht es strukturelle Unterstützung und eine gezielte Strategie für eine effektive Ortsverbands- und Ratsarbeit. Wir Saarländischen Grünen müssen mehr nach außen wirken. Das bedeutet, Teil von ehrenamtlichen Engagement in Vereinen und Initiativen zu sein und über unsere klassische Kernwählerschaft hinaus Kontakt zu den Menschen zu suchen.

Diese Strategie sollte die Problemlagen in den Umlandkommunen berücksichtigen. Ein wichtiger Faktor ist der demografische Wandel, mit dem der ländliche Raum stärker zu kämpfen hat als das städtische Umland. Einwohner*innen haben das Gefühl abgehängt zu sein. Investitionen in die kommunale Infrastruktur sind zwingend notwendig, um unsere Ort- und Stadtkerne lebendig und attraktiv zu halten. Daseinsvorsorge ist ein zentraler Grundpfeiler für unser Zusammenleben. Die Herausforderungen für Kommunen sind immens: Leerstände, fehlende Digitalisierung, zurückgehende soziale Angebote, eine mangelhafte Polizeipräsenz oder fehlende Kitaplätze. Die Landesregierung darf seine Kommunen im ländlichen Raum nicht länger im Stich lassen.

Von Zeile 42 bis 46:

den Kreis- und Ortverbänden eine Strategie entwickelt, die die Umlandkommunen stärkt. Dies kann auf Grundlage des Arbeitsprogramms, dass sich der Landesvorstand selbst gegeben hat, erfolgen.

Z.B.:

Mögliche Maßnahmen können sein:

- Eine Vernetzung der grünen Kommunalräte, durch die Gründung der kommunalen Vereinigung, die inhaltlichen Austausch untereinander, mit KVs und dem Lavo gewährleisten soll

Von Zeile 48 bis 49:

- Die Fortführung der Sommertour mit Schwerpunkten in ländlicheren und kleineren OVs
- Die Ergänzung des Arbeitsprogramms um den Schwerpunkt "ländliche Räume stärken"
- Besuche Eine stärkere Präsenz bei öffentlichen Veranstaltungen im Umland

Von Zeile 51 bis 53:

Denn es stehen weitere Wahlen vor der Tür, die nicht allein in den Städten gewonnen werden. Nur wenn wir auf spezifische Probleme der Umlandkommunen ländlichen Kommunen eine Antwort finden, können wir mit einem sicheren Wahlergebnis rechnen – einem

In Zeile 55 einfügen:

Wir bitten um Unterstützung für den Antrag.

Begründung

- Sprachliche Verbesserungen
- Nachschärfung der politischen Analyse
- klare Formulierung des politischen Anspruchs und positiveres Framing
- Ergänzung des Arbeitsprogramms als politische Zielsetzung des Landesvorstands für Veranstaltungen, politischen Inhalten etc.

Ä3.1.1 Lehren aus der Kommunalwahl sind Weichen für die Zukunft: Stärkung des ländlichen Raumsn

Antragsteller*in: Roland Fecht (KV Saarbrücken)

Begründung

Änderungsantrag zum Änderungsantrag 3.1 Jeanne Dillschneider

"der AfD". streichen

Man muss sie nicht noch aufwerten, weil man sie bei Name nennt. Schlechte Werbung ist auch Werbung.

Sollte generell, auch bei reden, vermieten werden sie zu benennen.

stattdessen: populistische Parteien (oder auch Rechtspopulistische Parteien) somit ist auch BSW und Co. gemeint.

Ä4.1 Migration als Chance für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Antragsteller*in: Jeanne Dillschneider (Landesvorstand)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 33 bis 34 einfügen:

Diensten sind entscheidend, um ihnen ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu ermöglichen.

Die jüngsten Beispiele von jungen Menschen wie Maya H., die trotz ihres Integrationswillens und hervorragenden Schulleistungen nach Spanien abgeschoben wurde unterstreichen, dass es Regelungen braucht, die vollständig integrierten Menschen im Härtefall eine Perspektive in diesem Land ermöglicht.

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

Hilfseinrichtung gegenüber Geflüchteten fungieren kann, (anstatt als Integrationsverhinderer).Außerdem sollte die Landesregierung dafür sorgen, dass Dublin-III und Drittstaaten-Fälle in Zukunft von der Härtefallkommission behandelt werden können. Insbesondere die Abschiebung Minderjähriger ist nicht mit Kinderrechten vereinbar. Die Kürzung von staatlichen Leistungen, um Menschen zur Ausreise zu drängen, ist der falsche Schritt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä4.2 Migration als Chance für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Antragsteller*in: Jeanne Dillschneider (Landesvorstand)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 43 bis 44 einfügen:

ausländischer Fachkräfte, das die Anerkennung von Qualifikationen erleichtert und schnelle Arbeitsaufnahme ermöglicht. Berufsintegrationsmaßnahmen und Berufsorientierungsprogramme sollten durch Sprachkurse flankiert werden.

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Gesellschaft zu beteiligen. Dazu gehören der Zugang zu Sprachkursen, Bildungseinrichtungen und Arbeitsmärkten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Bestehende Integrations- und Migrationsnetzwerke müssen in ihrer Arbeit gestärkt werden. Neben Bildungsangeboten für Erwachsene sollten auch Sprachförderprogramme für Kinder wieder eingeführt werden. Die Stunden für DAZ (Deutsch als Zweitsprache) dürfen nicht weiter gekürzt werden.

Ä4.3 Migration als Chance für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Antragsteller*in: Jeanne Dillschneider (Landesvorstand)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 57 bis 59:

Ausländerbehörde des Saarlandes, damit sie als Ansprechpartner:in und Hilfseinrichtung gegenüber Geflüchteten fungieren kann, (anstatt als Integrationsverhinderer). Dazu gehört auch die Wiedereröffnung der Dependence der Ausländerbehörde in Saarbrücken.

Ä4.4 Migration als Chance für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Antragsteller*in: Carolin De Marino (KV Neunkirchen/Saar)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 53 bis 55 einfügen:

4. ****Rechtssicherheit und Schutz für Geflüchtete.****

Asylverfahren müssen beschleunigt und human gestaltet werden. Dafür braucht es solidarische und europäische Lösungen, zudem müssen legale und sichere Fluchtwege geschaffen werden. Geflüchtete benötigen rechtliche Sicherheit und Zugang zu sozialen Dienstleistungen, um ein

Ä4.5 Migration als Chance für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Antragsteller*in: Carolin De Marino (KV Neunkirchen/Saar)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Gesellschaft zu beteiligen. Dazu gehören der Zugang zu Sprachkursen, Bildungseinrichtungen, [Vereinen](#) und Arbeitsmärkten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Ä7 Erstattung Kosten für BAG-Delegierte

Antragsteller*in: Roland Fecht (KV Saarbrücken)

Änderungsantrag zu A7

Von Zeile 2 bis 7 einfügen:

dass der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen zukünftig für alle LAGen mindestens 2x jährlich die Übernachtungs- und Fahrtkosten zu der entsprechenden BAG übernimmt. Die Kosten werden übernommen für 2 Übernachtungen maximal 120 € pro Nacht, Bahnfahrt 2. Kl. maximal 150 € für die 2 BAG-Delegierten

.In Begründende Fällen können weitere BAG Kosten / Tagungen erstattet werden.

Begründung

Eine Festlegung auf 2 Sitzungen ohne Ausnahme verhindert inhaltlich Politik. Es kann vorkommen das man sich zum 3 Mal im Jahr trifft (Programm, Neuwahlen) oder auch 3 Nächte übernachten muß.